Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 48 (1954)

Heft: 1

Artikel: Weltrundschau : neue Fernostkrise? ; Berliner Gespräche ; EVG - ein falscher Weg ; Und Amerika? ; Russisches, Allzurussisches ; Nebeneinander oder gegeneinander? ; Zu spät für einen Krieg! ; Erfolgreicher Wettbewerb

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139873

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Neue Fernostkrise! Eine amerikanische Wochenschrift, «U.S. News and World Report», sagt (Nummer vom 1. Januar) für 1954 voraus:

«Die Vereinigten Staaten werden, mit Staatssekretär Dulles zu reden, eine ‚schmerzliche Revision' ihrer Außenpolitik beginnen. Sie werden vielleicht von Europa abrücken und sich tiefer mit Asien einlassen. Die USA und Rußland werden ausgiebig über Atomkraft, Deutschland und all die andern strittigen Fragen miteinander reden. Wahrscheinliches Ergebnis: eine Vereinbarung, noch weiter zu reden. Sowjetrußland wird scheinbar verhandeln, aber nichts Wichtiges preisgeben. Die Alliierten werden zu-, nicht abnehmende Meinungsverschiedenheiten vor sich haben. Innenpolitische und wirtschaftliche Fragen werden diese alliierten Auseinandersetzungen verschärfen. Eine Explosion in Frankreich – eine wirkliche Möglichkeit! – bedeutet eine erstrangige Krise für die Alliierten. Der französische Rückzug aus Indochina wird sich kaum viel weiter hinausschieben lassen. Das bevorstehende Abkommen zwischen den USA und Pakistan wird die Kluft zwischen Amerika und Indien erweitern. Die bereits erhebliche Unbeliebtheit Amerikas in der Welt wird wahrscheinlich noch zunehmen. Kurz: 1954 verspricht ein Jahr mit viel Gerede, aber wenig Lösungen zu werden.»

Wenn's nicht schlimmer herauskommt, wollen wir schon zufrieden sein! Inzwischen bringt gleich der Anfang des neuen Jahres etliche gefährliche Engpässe. Ein erster kritischer Termin ist der 23. Januar, der Tag, an dem die neutrale Kommission in *Korea* nach dem Wortlaut des Waffenstillstandsvertrages sämtliche in ihrer Obhut befindlichen *Gefangenen freilassen* muß. Die Nordkoreaner und Chinesen verlangen zwar Fortsetzung der «Aufklärung» der Nichtheimkehrwilligen, die wegen der Treibereien in den UNO-Lagern nur ganz unvollkommen habe durchgeführt werden können; aber nach dem Entscheid des indischen Bewachungskommandos, sämtliche Gefangenen auf den 23. Januar hin den beiden Kriegsparteien zu übergeben, kommt das nicht mehr in Frage, und wenn sich die Nordkoreaner und Chinesen fügen, wenn auch unter scharfem Protest, wird hoffentlich die Freigabe der Gefangenen ohne schwerere Zwischenfälle erfolgen. Angenehm ist der Ausgang des Kampfes um die Gefangenen für die kommunistischen Staaten sicher nicht; die Amerikaner haben es durchgedrückt, daß die Zurückhaltung «oppositioneller» Gefangener als völkerrechtsgemäß anerkannt wurde, und davon versprechen sie sich für einen künftigen «Befreiungskrieg» gegen den Sowjetblock große Dinge. Aber es wird den Nordkoreanern und Chinesen kaum etwas anderes übrig bleiben, als gute Miene zum bösen Spiel zu machen.[1]

[1] Die Rückgabe der nicht heimkehrwilligen Gefangenen an das UNO-Kommando und ihre Freilassung ist inzwischen ohne Schwierigkeiten verlaufen. Die Nordkoreaner und Chinesen weigern sich bisher, *ihre* Gefangenen zurückzunehmen und freizulassen; die Leute seien und blieben Gefangene und dürften nicht als Zivilpersonen erklärt werden, bis die Politische Koreakonferenz über ihr ferneres Schicksal entschieden habe.

Gefährlicher scheint die Lage, die aus der Verzögerung des Zusammentritts der *Politischen Koreakonferenz* zu entstehen droht. Die südkoreanische Regierung mit ihrer neuen, modern ausgerüsteten und geschulten Armee lauert ja nur darauf, einen Vorwand für die Wiederaufnahme des Krieges zu bekommen, und der kann sich wohl finden lassen, wenn nicht die Vorverhandlungen über die Einberufung der Konferenz, die von den Amerikanern am 12. Dezember abgebrochen wurden, bald wieder aufgenommen werden und die Konferenz selbst endlich stattfinden kann. Auch dann wird noch nicht viel gewonnen sein; die Regierung Syngman Rhee droht ja andauernd, den Waffenstillstand als dahingefallen zu behandeln, falls die Konferenz nicht innert dreier Monate zu einem Ergebnis führe, das sie befriedigen könne. Die Amerikaner geben sich zwar Mühe, die Südkoreaner im Zügel zu halten; aber *können* sie es auch auf die Länge? Sind sie nicht bereits so sehr die Gefangenen ihrer verhängnisvollen Koreapolitik, daß sie mit Syngman Rhee auch weiterhin überallhin gehen müssen, wohin er sie drängt? *Wenn* die Südkoreaner losschlagen sollten, müßten jedenfalls auch die Amerikaner den Krieg wiederaufnehmen – es sei denn, die Nordkoreaner und Chinesen beschränkten sich auf die Abwehr und stießen nicht ihrerseits nach Südkorea vor, wo sie sofort auf die Achte USA-Armee treffen würden. Aber ist soviel Weisheit von den Nordkoreanern und Chinesen zu erwarten? Man muß wünschen, daß es gar nicht zu einer Erneuerung der Feindseligkeiten kommt und daß sich nach indischem Antrag die *Vereinten Nationen* ohne Verzug der Koreafrage annehmen – wobei es freilich nötig wäre, daß auch Nordkorea und China zu den Verhandlungen beigezogen werden. Am richtigsten wäre die Einberufung einer Fünfmächtekonferenz über Ostasien, wobei das neue China in aller Form mitzusprechen hätte. Ohne seine Aufnahme in das «Konzert der Mächte» wird es keine haltbare Neuregelung über Ostasien geben.

Berliner Gespräche Über diese Dinge wird zweifellos auch an der Berliner *Konferenz der Außenminister* Nordamerikas, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion gesprochen werden, die am 25. Januar zusammentreten soll. Die Hauptfrage dürfte dort aber sein, wie es mit *Deutschland* weitergehen soll. Im westmächtlichen Bereich bezeichnet man die Berliner Tagung ziemlich allgemein als eine Art letzter Gelegenheit, die den Russen geboten werde, um ihren Friedenswillen zu beweisen, da bekanntlich die Gutartigkeit und Verständigungsbereitschaft des Westblocks von vornherein feststehe. Mit

---

Das war auch der indische Standpunkt und mag rechtlich stimmen. Allein praktisch scheint es doch unmöglich, die Gefangenen auf den Entscheid einer Konferenz warten zu lassen, von der kein Mensch weiß, ob und wann sie zusammentritt. Bös ist nur, daß die «freigelassenen» nichtkommunistischen Nordkoreaner und Chinesen sofort in die südkoreanische bzw. «nationalchinesische» Armee gepreßt wurden. (23. Januar.)

andern Worten: der Friede hange davon ab, daß die Russen radikal ihre Haltung änderten. Die Westmächte seien schon längst «in Ordnung». Bezeichnend für diese widerlich-pharisäerhafte Denkweise ist ein Silvesterartikel, den der Zürcher «Tagesanzeiger» (31. Dezember 1953) aus der Feder von Dr. Eduard Zellweger, dem ehemaligen schweizerischen Gesandten in Belgrad, veröffentlichte. Der Verfasser, der sich darin unverblümt zum Anwalt des Westblocks macht, erklärt es als dessen festgegründete Auffassung, daß die gegenwärtige Machtverteilung in Europa nicht bestehen bleiben dürfe, wenn eine internationale Entspannung möglich sein solle. Die Sowjetunion müsse vor allem einmal Ostdeutschland räumen; dann wäre ein Schritt zum Frieden hin getan. «Wird die Sowjetunion», so fragt Zellweger, «der Festigung des Friedens ein Opfer an Macht bringen, die zwar nicht rechtmäßig, aber tatsächlich erworben wurde? Das ist die entscheidende Frage.»

Merkwürdige Auffassung, das. Zunächst muß festgestellt werden, daß die Sowjetunion nicht unrechtmäßig in Ostdeutschland steht, sondern kraft interalliierter Vereinbarung, genau so, wie auf Grund der gleichen Vereinbarung die Westmächte in Westdeutschland stehen. In Jalta (3. bis 11. Februar 1945) wurde das in aller Form festgelegt, und in Potsdam wurde es am 2. August 1945 bestätigt. Wenn also jetzt die Westmächte die Sowjetunion wieder aus Ostdeutschland hinausdrängen wollen, so heißt das einfach, daß sie die früheren Abmachungen umzustoßen und ihren eigenen Machtbereich auf Kosten des sowjetischen entscheidend auszudehnen versuchen. Was bei den ostdeutschen Juniunruhen, die von den Westalliierten gebührend ausgenützt wurden, nicht gelungen war, soll jetzt an der Berliner Konferenz nachgeholt werden. Und dann ginge es natürlich weiter mit Österreich, Polen, Ungarn usw.

Warum haben aber die damaligen Kriegsverbündeten die Vereinbarungen von Jalta und Potsdam getroffen? Die Begründung ist bekannt. «Es ist», so heißt es in der Erklärung von Jalta,

«unser unbeugsamer Wille, den deutschen Militarismus und Nationalismus zu zerstören und dafür Sorge zu tragen, daß Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrieden zu stören. Wir sind entschlossen, alle deutschen Streitkräfte zu entwaffnen und aufzulösen; den deutschen Generalstab ... für alle Zeiten zu zerschlagen; sämtliche deutschen militärischen Einrichtungen zu entfernen oder zu zerstören; die gesamte deutsche Industrie, die für militärische Produktion benützt werden könnte, zu beseitigen oder unter Kontrolle zu stellen; alle Kriegsverbrecher vor Gericht zu bringen und einer schnellen Bestrafung zuzuführen»; usw. usw.

Die Sowjetunion ist der hier verkündeten Deutschlandpolitik treu geblieben und verlangt ihre Durchführung heute entschiedener als je, ist doch seit Kriegsende der deutsche Nationalismus und Militarismus nicht ungefährlicher geworden, sondern noch viel gefährlicher; er hat sich von seiner äußeren Niederlage glänzend erholt und schickt sich an, die frühere Weltgeltung und Machtstellung Deutschlands neu zu gewinnen und, gestützt auf eine wiederaufgebaute Wehrmacht, die verlorenen Ost-

gebiete «so oder so» zurückzuholen, ja den für einmal gescheiterten Kreuz- und Befreiungszug nach dem Osten aufs neue aufzunehmen. Und dagegen wehrt sich die Sowjetunion, deren Volk so Unsägliches durch die Deutschen erlitten hat, mit aller Macht.

Die Westalliierten wehren sich nicht. Sie helfen vielmehr Deutschland auf jede Art, seine hochfliegenden Pläne zu verwirklichen. Sie haben die bei Kriegsende festgelegte Deutschlandpolitik Stück um Stück verleugnet und fallengelassen und sind zu ihrer alten Politik zurückgekehrt, Deutschland gegen die Sowjetunion auszuspielen und einzusetzen, wie sie zu Hitlers Zeiten und schon vorher betrieben wurde. Die Lage habe sich eben, so behaupten sie, seit 1945 von Grund auf geändert; Deutschland sei völlig harmlos, friedfertig und demokratisch geworden, während die Sowjetunion (die seit ihrer Geburt das ständige Ziel von Angriffshandlungen aus dem Westen gewesen ist!) zu einer Politik imperialistischer Ausdehnung und Eroberung übergegangen sei. Ein einzigartiger Stellungswechsel, der natürlich von den Deutschen selbst mit ebensoviel Eifer wie Anmaßung unterstützt und hemmungslos ausgenützt wird. Und diese ganze Deutschlandpolitik sollen nun auch die Russen selbst mitmachen, denen die Westmächte zumuten, einer «Lösung» der deutschen Frage zuzustimmen, die über gesamtdeutsche Wahlen ein wiedervereinigtes Deutschland ins Lager des Atlantikblockes führen würde! Das ist es tatsächlich, was die Alliierten in Berlin zu verlangen gedenken und was Dr. Zellweger in der Diplomatensprache, die er sich offenbar gut angeeignet hat, «ein Opfer der Sowjetunion für die Festigung des Friedens» zu nennen beliebt!

In allem Ernst: In Berlin soll nach dem Willen der Westmächte an ihrer Deutschlandpolitik nicht gerüttelt werden dürfen; zur Erörterung stehe einzig der Rückzug der Sowjetunion aus ihren in Jalta und Potsdam festgesetzten Machtstellungen, während die Machtstellung des Westblocks nicht nur nicht geschmälert, sondern — durch Einbeziehung ganz Deutschlands in sein Militärsystem — noch wesentlich erweitert werden soll. Und wenn die Russen darauf nicht eintreten, dann werden sie eben ein neues Mal als die Friedensfeinde erklärt, die nur die Sprache der Waffen verstünden! Das ist nun einmal einfach die Linie der amerikanischen Europapolitik, der sich England und Frankreich mehr oder minder überzeugt angepaßt haben. Die «einzig reale Frage», so erklärte Mr. Dulles öffentlich noch vor wenigen Wochen, sei, ob die Sowjetunion jetzt bereit sei, in die Länder hinter dem Eisernen Vorhang einen Hauch von Freiheit hineinzulassen. Wenn Moskau diese Probe nicht bestehe, werde nichts, was man jetzt von der Berliner Konferenz erhoffen könne, wirklich erreicht werden. («Manchester Guardian» vom 1. Dezember 1953 aus Washington.) Eine Gruppe von britischen Labourabgeordneten, die rechts von Bevan steht, stellt denn auch in ihrer zu Jahresbeginn veröffentlichten Schrift «Waging Peace» (etwa: «Im Kampf für den Frieden») mit nur zuviel Recht fest, daß die gegenwärtige Regierung der Vereinigten Staaten

nicht mehr imstande sei, eine diesen Namen verdienende Verhandlung mit der Sowjetunion zu führen. «So mächtig ist eine einflußreiche öffentliche Meinung (in den USA) geworden, daß die amerikanischen Unterhändler kein wesentliches Zugeständnis machen und nicht einmal im Geiste des Friedens an eine Konferenz kommen können. Jeder Schritt in jeder Verhandlung ist eine Breitseite im Kalten Krieg; in dem sich erhebenden Konflikt können die Amerikaner keine Vereinbarung annehmen außer einer solchen, die den Russen in allen Hauptpunkten eine derart bedingungslose Kapitulation zumutet, wie sie ihnen nur nach einer vollständigen Niederlage im Krieg aufgezwungen werden könnte.»

Was nur allzu wahr ist! Wenn unter diesen Umständen die Berliner Konferenz nicht überhaupt ergebnislos abgebrochen werden, sondern in irgendeiner Form eine Fortsetzung erfahren soll, dann ist das wirklich das Höchstmaß dessen, was vernünftigerweise von ihr erwartet werden darf.

EVG – ein falscher Weg

So verfolgt eben die amerikanische Politik mit blinder Leidenschaft ihr Ziel weiter, im Rahmen einer sogenannten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) Deutschland wieder zur beherrschenden Militärmacht unseres Erdteils zu erheben. Es sei zwar, so sagte neulich General Gruenther, der alliierte Oberkommandierende in Europa, auf dem Gebiete der militärischen Aufrüstung des Westens in den drei letzten Jahren mehr geschehen, als man je für möglich gehalten habe. Die Effektivstärke der alliierten Truppen habe sich zahlenmäßig und nach ihrer Leistungsfähigkeit verdreifacht oder vervierfacht und die Zahl der Flugplätze sei von 15 auf 120 gestiegen. Aber das sei doch noch lange nicht genug, um einer «entschlossenen Generaloffensive der Sowjetunion» zu begegnen. Deutsche Truppen seien für die Verteidigung Westeuropas unbedingt erforderlich, auch wenn dadurch «ein gewisses Unbehagen in *Frankreich* entstehe».

Das ist wirklich sehr zartfühlend ausgedrückt. Denn in Frankreich hat der Plan einer Europaarmee mit einer neuen deutschen Wehrmacht als Kern ja nicht nur «ein gewisses Unbehagen» erweckt, sondern einen Volkswiderstand hervorgerufen, dessen Heftigkeit die Amerikaner in zunehmendem Maße reizt. Dies um so mehr, als seit den parlamentarischen Novemberdebatten kein Zweifel besteht, daß auch die Mehrheit der französischen Nationalversammlung gegen die EVG eingenommen ist. Alle Druck- und Einschüchterungsversuche von den Vereinigten Staaten her vermochten bisher diesen Widerstand nicht zu brechen. «Ihr droht, Westdeutschland in den Atlantikbund aufnehmen zu lassen oder es direkt, von euch aus, aufzurüsten, wenn Frankreich die EVG nicht schlucke? Dann legen wir eben» – so tönt es aus Frankreich zurück – «unser Veto gegen die Mitgliedschaft Westdeutschlands im Atlantikbund ein und weigern uns, als Besetzungsmacht, zu einer Änderung der Militär- und Außenpolitik der Bonner Republik die Hand zu bieten. Es gibt keiner-

lei rechtliche Mittel, Westdeutschland wiederaufzurüsten, wenn wir nicht wollen!»

«Gut», antwortet Amerika, «dann hängen wir euch halt einfach den Brotkorb höher, will sagen: wir sperren euch den Dollarstrom – und dann könnt ihr schauen, wohin ihr kommt!» Staatssekretär Dulles hat in der Tat, wie man weiß, Ende Dezember in Paris ganz offen gedroht, die Vereinigten Staaten würden unfehlbar ihre Wirtschafts- und Finanzhilfe an Frankreich einstellen, wenn dieses nicht bis zum Frühjahr die EVG endgültig annehme. Die Empörung, die dieses Erpressungsmanöver in allen Schichten des französischen Volkes hervorrief, war zuerst nicht gering, und es gab sogar Leute, die meinten, nun sei die EVG unwiderruflich begraben. Allein Dulles hat, als Geschäftsführer des Weltkapitalismus, doch nicht so falsch spekuliert. Die französische Wirtschaft stockt und versumpft ja immer mehr; das kapitalistische Bürgertum ist faul bis ins Mark – weithin unproduktiv und schmarotzerhaft. Energisch und zielbewußt ist es nur in dem *einen* Entschluß: keine radikale Änderung des Wirtschafts- und Gesellschaftsgefüges zuzulassen. Und gerade hier hat Dulles es gepackt. «Wie Dulles wohl weiß», so schreibt Alexander Werth dem «New Statesman» aus Paris (26. Dezember 1953),

«besteht in der Nationalversammlung zwar eine Mehrheit gegen die EVG, aber es besteht eine noch größere und geschlossenere Mehrheit gegen eine grundlegende soziale Wandlung. Wenn es zum Entscheid kommt – und jetzt ist es offenbar so weit –, werden sich wahrscheinlich die Grundvorstellungen, von denen sich diese Mehrheit leiten läßt, stärker erweisen als die tiefsitzende, aber doch nur zweitrangige Furcht vor der EVG. Für den Augenblick machen die Abgeordneten ihrer Entrüstung Luft, aber wenn es einmal Februar sein wird, werden sie vermutlich zur Ratifikation bereit sein. Am Ende dieser Woche hat Mr. Dulles ja bereits seine ersten Dividenden eingeheimst. Seine Drohungen halfen zweifellos mit, die Verwirrung in Versailles zu mehren und zu verhindern, was eine Zeitlang sehr wohl möglich schien: die Wahl eines EVG-feindlichen Präsidenten schon im ersten Gang.»

Wer A sagt, muß eben auch B und C sagen – und so weiter bis zum bitteren Ende. Frankreich – seine herrschende Klasse jedenfalls – hat sich nach Kriegsende an Amerika gehängt, um sich vor der sozialen Erneuerung zu retten, die damals in greifbarer Nähe stand; jetzt muß es, um das alte Regime noch mühsam ein paar Jahre zu halten, dem Geldgeber jenseits des Atlantik zu Willen sein, auch wenn das stracks gegen die höchsten nationalen Interessen geht![2]

Ob es auch in *Italien* so herauskommt? Das Trinkgeld, das Amerika den Italienern hinwarf, indem es ihnen – im Widerspruch zum italieni-

[2] Wie brüchig die bürgerlich-kapitalistische «Ordnung» Frankreichs geworden ist, ersieht man daraus, daß die nationale Produktion im abgelaufenen Jahr, statt zuzunehmen, um 5 Prozent gefallen ist, daß sich trotzdem die Lager an Verbrauchsgütern – wegen mangelnder Kaufkraft der Bevölkerung – immer weiter füllen, daß die Kapitalanlagen in der Industrie zurückgehen und die Zahl der Ganzarbeitslosen die Viertelsmillionengrenze überschritten hat, während die Teilarbeitslosigkeit 20 Prozent höher ist als letztes Jahr um diese Zeit. (S. «New Statesman», 16. Jan.) Wenn Frankreichs Wirtschaft und erst recht sein Staatshaushalt nicht einfach zusammenbrechen sollen,

schen Friedensvertrag – die Triester A-Zone versprach, hat sie noch nicht zur Gutheißung der EVG zu bestimmen vermocht; aber werden sie widerstehen können, wenn die Vereinigten Staaten auch ihnen mit Entzug der Dollarhilfe drohen?

England braucht den EVG-Vertrag nicht zu ratifizieren; seine konservative Regierung unterstützt ihn nur moralisch. Aber aus der Oppositionspartei heraus kommt sich verstärkender Widerstand gegen eine Europaarmee, ja gegen den ganzen Kurs der westmächtlichen Europapolitik. Bezeichnend dafür ist die bereits erwähnte Schrift der drei Labourabgeordneten Acland, Fenner Brockway und Hale, mit deren Grundlinie sich eine ganze Anzahl weiterer Labourvertreter und sonstiger Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens einig erklärt hat. Die Verfasser verlangen nichts Geringeres als eine Revision der Rüstungspolitik des Westens, die von der nach ihrer heutigen Überzeugung falschen Annahme eines drohenden Angriffs der Sowjetunion ausgehe. Die große Aufgabe der Gegenwart, so stellen sie fest, sei nicht die militärische Bekämpfung des Kommunismus, sondern der weltweite Kampf gegen die Not der anderthalb Milliarden Menschen, die in den unterentwickelten Ländern als Parias und minderberechtigte Weltbürger dahinleben:

«Wir müssen der Welt verkünden, daß nach unserer Ansicht die wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Gefahren heute größer, auf die Dauer sogar ungeheuer viel größer sind als die militärischen. Wir sollten darum kraftvoll und zielbewußt daran gehen, die Reste des alten Imperialismus zu liquidieren und in bedeutendem, sich immer mehr erweiterndem Ausmaß den Krieg gegen die Not zu eröffnen ... Der britische demokratische Sozialismus, der in der Vergangenheit großenteils den Kampf der Armen in unserem eigenen Land geführt hat, muß jetzt den Mut haben, den gleichen Kampf im Weltmaßstab aufzunehmen – oder er wird zugrunde gehen.»

Und Amerika? Die Verfasser der Schrift sind sich natürlich klar, daß auf die Vereinigten Staaten in diesem Krieg gegen die Not vorderhand nicht zu zählen ist. Aber, so meinen sie, es genüge zunächst, wenn nur England (und andere europäische Staaten) vorangingen und wenigstens einmal den Weg wiesen. Und im übrigen erwarten sie, daß die Opposition in Amerika gegen den jetzigen Regierungskurs allmählich stark genug werde, um den Anschluß der Vereinigten Staaten, ohne deren gewaltige Hilfsmittel es ja nicht gehe, an den Krieg gegen die Weltnot herbeizuführen.

Diese Opposition gibt es tatsächlich. Wir haben vielerlei Beweise dafür, daß noch ein *anderes* Amerika da ist als dasjenige der Eisenhower

---

muß die amerikanische Stützungsaktion mindestens im gleichen Ausmaß wie bisher fortgesetzt werden. Die Frage ist allerdings, ob es nicht trotzdem zum Krach kommt. Die französische Kapitalistenklasse fühlt sich, mit Amerika im Rücken, *zu* sicher und scheint entschlossen, den Lohnforderungen der Arbeiter, deren Kaufkraft gegenüber der Vorkriegszeit um 40 Prozent gesunken ist, weiterhin scharfen Widerstand entgegenzusetzen. Und gerade daran kann sich ein neuer sozialer Konflikt entzünden, der diesmal vielleicht auch auf den politischen Bezirk übergreift.

und Dulles, der «Hexenjäger» und der kapitalistischen Konzerne. *Einen* Vertreter dieses anderen Amerika lassen wir im zweiten Teil dieser Rundschau zu Worte kommen, und neben ihm gibt es zahlreiche nicht minder tapfere Zeugen eines neuen Geistes – oder vielmehr des guten, alten Geistes, der Amerikas wertvollstes Gut ist. Das erfahren wir immer wieder aus privaten Quellen; es tritt uns aber auch dauernd aus allen möglichen Äußerungen des öffentlichen Lebens der Vereinigten Staaten entgegen. In der Zeitschrift «One World» berichtete erst letzthin Stuart Morris (London), der Sekretär der radikal-pazifistischen «Peace Pledge Union», ein Aufenthalt in den USA habe in ihm den Eindruck bestärkt, daß in Amerika, genau wie in England, ein wachsendes Unbehagen über die internationale Lage und über die Rolle herrsche, die Amerika dabei spiele. «Ich fand zum Beispiel», schreibt er,

«daß viele Leute über die vorgeschlagene Wiederbewaffnung Deutschlands beunruhigt sind, daß die öffentliche Meinung dahin zu gehen scheint, man müsse die Pekinger Regierung früher oder später anerkennen und zur UNO zulassen, daß man sich allgemein nach einem Friedensschluß in Korea sehnt und die Gefahr einer Unterstützung Rhees erkennt... Wenn es auch am Leben und an der Politik Amerikas viel auszusetzen gibt, so dürfen wir doch nicht zulassen, daß unsere Kritik sich zur Feindschaft entwickelt oder zur Unterschätzung des wachsenden Einflusses des ‚andern Amerikas' verleitet.»

Wir nehmen nur zu gern von solchen Erfahrungen Kenntnis; sie geben uns eine große Hoffnung. Allein wir dürfen uns durch sie auch nicht zu einer *Über*schätzung der Bedeutung des «andern Amerikas» verleiten lassen. Wir haben es in den Weltangelegenheiten heute eben doch mit demjenigen Amerika zu tun, das von Eisenhower, Dulles, McCarthy und den hinter ihnen wirkenden Kräften vertreten wird, und mit dem man eben *nicht* reden kann. Das stellen auch die englischen Verfasser von «Waging Peace» fest, wenn sie sagen:

«Sofern die Bedingungen, welche die Amerikaner den Russen aufnötigen wollen, die vorsätzliche Liquidierung der kommunistischen Regierungen in Osteuropa (und zwar offenbar ohne irgendwelche Gegenleistung) in sich schließen, dann besteht keinerlei Aussicht, daß sie in naher Zukunft angenommen werden, und darum auch keine Aussicht auf eine baldige Vereinbarung über einen allgemeinen Modus vivendi.»[3]

---

[3] Ähnlich schreibt in der Neuyorker «Nation» (5. Dez. 1953) Prof. *F. L. Schuman*: «Unsere Wortführer, sofern sie nicht ganz von der Jagd auf ‚russische Spione' beansprucht sind, scheinen zu sagen: Wir wollen Frieden in Korea machen, wenn der Feind uns am Konferenztisch gibt, was wir auf dem Schlachtfeld nicht zu gewinnen vermochten – nämlich die Beherrschung Nordkoreas durch Syngman Rhee. Und weiter scheinen sie zu sagen: Wir wollen mit Rußland einen Vertrag über Deutschland schließen, vorausgesetzt, daß der Kreml der Einigung und gebietlichen Erweiterung des Reiches zustimmt, das wiederaufgerüstet und mit den Vereinigten Staaten gegen die Sowjetunion verbündet sein muß. Wenn Moskau ablehnt, so beweist das, daß die Russen ‚unaufrichtig' sind. Diese Stellungnahmen sind nützlich, wenn sie für Verhandlungszwecke bestimmt sind. Wenn sie aber, wie manche argwöhnen, unbeugsame Forderungen darstellen, dann ist keinerlei Verhandlung möglich.» Und wer nicht verhandeln will, der muß eben zuletzt – schießen.

Und was ihre Kernforderung betrifft, den militärischen Kampf gegen den Kommunismus durch einen Krieg gegen die Not der farbigen Völkermassen zu ersetzen, so weisen die britischen Labourabgeordneten auf die Rede Präsident Eisenhowers vom 16. April 1953 hin, in der deutlich zu verstehen gegeben wurde, daß erst nachdem durch eine russische Kapitulation eine neue Weltordnung zustande gebracht und die Abrüstung durch eine internationale Inspektion der sowjetischen Rüstungsindustrie beglaubigt sei, etwas von den so gemachten Ersparnissen dem Angriff auf die Weltarmut zugewandt werden könne.

Der militärische Kampf gegen den Kommunismus – das ist tatsächlich die bisher unerschütterte Auffassung des herrschenden Amerikas – hat allen andern Aufgaben vorzugehen; ist er einmal gewonnen, dann erst mag man sehen, was für weitere Möglichkeiten und Notwendigkeiten sich den Vereinigten Staaten und der übrigen «freien Welt» eröffnen.[4] Der Grund für diese Haltung liegt natürlich in der Weigerung, die *Ursachen* des Kommunismus – zu denen die soziale Not der niedergehaltenen Völker und Klassen in aller Welt vor allem andern gehört – zu beseitigen und damit den Kapitalismus und Imperialismus preiszugeben, dem die Vereinigten Staaten ihren Reichtum und ihre Machtstellung verdanken. Das ist ein Stück des Fluches, den der zeitweilige Erfolg des Kapitalismus über Amerika gebracht hat! Und weit davon entfernt, diesen Fluch zu erkennen und zu überwinden, sind die Regierenden überzeugt, daß auf der amerikanischen Wirtschafts- und Gesellschaftsform ein sichtbarer Segen ruhe. «Unser System», so brüstete sich Eisenhower in seiner Radioansprache vom 4. Januar 1954, «ist der größte Produzent von Reichtum in der ganzen Welt», hinzufügend, daß für dauernden Erfolg natürlich eines nötig sei: «der beharrliche und vernunftbegründete Glauben an das Wachstum und den Fortschritt Amerikas, ein Glauben, der nicht von Katastrophenorakeln erschüttert werden kann». Und Handelsminister Sinclair Weeks erklärte seinerseits, daß die Vereinigten Staaten in das Jahr 1954 mit der Aussicht eintreten könnten, eines der besten Jahre ihrer Wirtschaftsgeschichte vor sich zu haben, auch wenn die Konjunktur – wie es tatsächlich den Anschein hat – etwas abflauen sollte. Schwierigkeiten könnten zwar immer noch eintreten, aber die Regierung sei ständig auf ihrer Hut und imstande, jeden Krisenansatz prompt zu zerstören.

Wir fürchten, diese Herausforderung des Schicksals, diese arge Selbstüberhebung, ja Vermessenheit – die Hybris der alten Griechen – werde früher oder später ihr Gericht finden. Einstweilen stürmt der amerikanische Kapitalismus und Imperialismus auf seiner Bahn berauscht und

---

[4] Im *innerstaatlichen* Kampf gegen den Kommunismus stehen die USA im Begriff, einen neuen, besonders bedenklichen Schritt zu tun: Präsident Eisenhower schlägt vor, Kommunisten einfach auszubürgern. Und die Bundesversammlung klatscht rasend Beifall! Das hat nicht einmal McCarthy zu verlangen gewagt.

voll grenzenloser Zuversicht vorwärts, immer vorwärts – «herrlichen Zeiten entgegen», wie sie schon Wilhelm der Letzte einmal einem ehrgeizigen, irregeführten Volk verhieß ...

Russisches, Allzurussisches Es ist ein Jammer, daß der Kampf gegen die von den Vereinigten Staaten geführte reaktionäre Herrschaftspolitik des Westens fast ausschließlich dem *Kommunismus* überlassen bleibt, statt auch von einem charaktervollen freiheitlichen Sozialismus getragen zu werden. Die Folge ist, daß dieser Kampf andauernd nicht allein durch gewisse abstoßende Propagandamethoden des Kommunismus belastet wird, sondern auch durch die schweren Fehlhandlungen der kommunistischen Staatsführer selber. Man sieht das neuerdings durch die Prozessierung und Liquidierung des früher allmächtigen sowjetischen Polizeiministers *Beria* bestätigt. Wer kann denn nach allem noch glauben, daß die gegen Beria erhobenen ungeheuerlichen Anklagen wahr sind? Gewiß hat der nach Stalins Tod noch höher gestiegene oberste Chef der Staatspolizei nach der höchsten Stelle im Sowjetreich gestrebt. Und sehr wahrscheinlich gibt es in seiner Laufbahn mehr als *einen* dunklen Punkt, der nun von seinen Rivalen mit mehr oder weniger Recht herausgestellt werden konnte. Aber daß Beria seit Jahrzehnten nichts anderes als ein Agent des westmächtlichen Kapitalismus gewesen sei, der das alte Regime habe wiederherstellen wollen – das ist eine so widersinnige und innerlich unmögliche Behauptung, daß außerhalb der rechtgläubig kommunistischen Kreise, die ja auch den Schwindel mit den Moskauer «Mörderärzten» sofort geglaubt haben, kein Mensch sie als bewiesene Tatsache annimmt. Auch nicht, weil Beria ja doch «gestanden» habe. Auch die Moskauer Ärzte haben alles «gestanden», was man von ihnen wollte – bis, o Ironie, Beria selbst kam und die ganze trübe Machenschaft «aufdeckte», die unter seiner eigenen Verantwortung angezettelt worden war! Ist man sich bei den kommunistischen Justizbehörden gar nicht bewußt, wie grotesk der Widerspruch ist, in den man sich da verwickelt: All die «Agenten des ausländischen Imperialismus», die im Lauf der Jahre «entlarvt» wurden, haben ihr Leben lang eine lügnerische Doppelrolle gespielt – aber vor Gericht gestellt, in ihren letzten Stunden, haben sie sich plötzlich in Wahrheitsfanatiker von geradezu übermenschlicher Erhabenheit verwandelt, die keiner Lüge mehr fähig waren, auch wenn sie sich damit selber das Urteil sprechen mußten?

Item – wie immer bei solchen Anlässen, so hat der militante Antikommunismus auch den Fall Beria aufs kräftigste für seine Zwecke ausgenutzt. Das ist um so bedauerlicher, als die barbarische Art seiner Erledigung tatsächlich die Aufrichtigkeit des Regimes Malenkow mit seinen Liberalisierungs- und Entspannungsbestrebungen in Zweifel zu stellen schien. Und doch haben wir allen Grund, diese Bestrebungen ernst zu nehmen. In dem Maße, da sich das Leben in der Sowjetunion moderni-

siert, da der Wohlstand wächst und die Bildung sich verallgemeinert, wird auch das Begehren nach mehr persönlicher Freiheit und nach demokratischer Selbstbestimmung unwiderstehlich. Die Staatsführung kann sich dem in der Sowjetunion auf die Dauer so wenig entziehen, wie sie es im Verlaufe der industriellen Revolution im Westen vermocht hat. Anderseits zwingt die Notwendigkeit, den sozialistischen Aufbau planmäßig weiterzuführen, auch Stalins Nachfolger dazu, ihr möglichstes zu tun, um Störungen von außen her abzuwehren. Dies um so mehr, als anscheinend gewisse wirtschaftliche Spannungen – Ungenügen der landwirtschaftlichen Produktion für eine rasch wachsende Bevölkerung, Mangel an Rohstoffen und Arbeitskräften usw. – eine Verlangsamung und Verringerung der Rüstungsproduktion dringend nahelegen. Würde eine westliche Regierung, die sich in ähnlicher Lage befände, eine andere Politik betreiben, als sie jetzt die Regierung Malenkow-Molotow verfolgt, eine Politik der Lockerung im Innern und der Verträglichkeit nach außen? An dieser Tendenz vermag auch ein Zwischenfall wie die Prozessierung Berias nicht viel zu ändern. Ja, es gibt Beobachter, die es für möglich halten, daß gerade aus dem Machtkampf zwischen Partei, Polizei und Armee – wie er im Fall Beria zutage getreten ist – eine Lage entstehe, die einer Demokratisierung des politischen Lebens förderlich sei. Ein Diktaturregiment kann in der Tat die Volksmeinung höchstens dann mißachten, wenn unter seinen Trägern Einigkeit herrscht. Und das ist, dem Wesen der Diktatur entsprechend, immer nur vorübergehend der Fall. Nein, wir haben keinen Anlaß, dem «neuen Kurs» in der Sowjetunion zu mißtrauen, aber allen Grund, ihn als Wirklichkeit zu behandeln und den größtmöglichen Vorteil für eine Befriedung der Welt daraus zu ziehen.

Nebeneinander oder gegeneinander!

Die Frage, um die es immer wieder geht – das zeigt auch die vorstehende Überschau über die Weltlage deutlich genug –, ist so einfach die: Ist ein *friedliches Nebeneinanderleben der kommunistischen und der nichtkommunistischen Welt* auf die Länge möglich und wünschbar, oder *muß* es schließlich zu einem letzten kriegerischen Zusammenprall kommen? Es ist sicher am Platz, gerade zu Beginn des neuen Jahres erneut eine klare Antwort auf diese Schicksalsfrage unseres Geschlechts zu suchen, und es trifft sich gut, daß in der vornehmen, von akademischen Kreisen herausgegebenen amerikanischen Vierteljahrsschrift «The Western Political Quarterly» (Salt Lake City, Utah) Prof. *D. F. Fleming* von der Vanderbilt-Universität in Nashville (Tennessee) eine solche Antwort gibt in einer ausgezeichneten Abhandlung, die es wert ist, an dieser Stelle wenigstens auszugsweise wiedergegeben zu werden.

Der Verfasser geht von zwei unbestreitbaren Tatsachen aus: 1. Der Kommunismus ist eine tödliche Bedrohung des kapitalistischen, sogenannten freien Unternehmertums, das er überall mit Stumpf und Stiel

ausrottet (außer – so fügen wir hinzu – in China). 2. Er ist ein Feind der individuellen Freiheit, wie der Westen sie seit tausend Jahren entwickelt hat, und zwingt seine Ordnung den Völkern mit einer erbarmungslosen Polizeistaatsmaschine auf, die keine Ketzer duldet.

Folgt nun aber daraus, daß zwischen dem Kommunismus und seinen Gegnern ein Kampf auf Leben und Tod ausgefochten werden muß – und zwar je eher, je lieber? Im Westen zitiert man gerne gewisse Aussprüche Lenins, die die Unvermeidlichkeit eines solchen – in Etappen auszutragenden – Kampfes verkündeten, und erklärt die zahlreichen späteren Äußerungen Stalins (wie jetzt Malenkows), die ein friedliches Nebeneinander von Kapitalismus und Kommunismus als ebenso möglich wie wünschbar bezeichnen, für bloße Täuschungsmanöver. «Wenn ein kommunistischer Führer auf einen Krieg mit uns hinzeigt, so nehmen wir seine Autorität ohne weiteres als orakelhaft an. Schaut er aber nach Frieden mit uns aus, dann wissen wir augenblicklich, daß er nur die unvermeidliche kommunistische Täuschung betreibt», stellt Prof. Fleming für Amerika fest, und das gilt wahrlich auch für das westmächtliche Europa. Gewiß – wir folgen im weiteren der Beweisführung des Verfassers möglichst getreu – glaubten die Führer der Sowjetunion anfangs an die Notwendigkeit einer Weltrevolution. Aber aus nur zu begreiflichen Gründen. «Wenn wir auch nur eine blasse Vorstellung von der Größe der westlichen Eingriffe in den russischen Bürgerkrieg von 1918 bis 1920 haben, so können wir sehen, daß die Roten zu der Annahme gezwungen waren, der Westen wolle sie überhaupt nicht leben lassen. Sie überlebten die westlichen Anstürme von allen vier Seiten nur mit allerknappster Not und waren sicher in ihrem Glauben, daß der kapitalistische Westen wiederkommen werde.»

Inzwischen ist es aber klar geworden, daß auf eine revolutionäre Weltbewegung doch nicht zu rechnen war. Und so wurde der Boden für jenen Umschwung der Sowjetpolitik vorbereitet, der durch den Sieg Stalins und seines Programms «Die Revolution einzig in der Sowjetunion» über Trotzkij und seine Anhänger gekennzeichnet ist. Die weltrevolutionäre Periode des Sowjetregimes war überwunden.

Seit 1941 hat sich dann freilich der Kommunismus mächtig ausgebreitet, aber nur als direkte Folge des Zweiten Weltkrieges, nicht dank russischer Planung und Verschwörung. In Jugoslawien suchte die Sowjetunion – weil die Rote Armee hier nicht Fuß gefaßt hatte – die Einsetzung einer kommunistischen Regierung sogar zu verhindern. Und auch für China glaubte Moskau lange nicht an einen Sieg des Kommunismus. Wir haben darum allen Grund zu der Annahme, daß die Sowjetunion ihre Existenz nicht durch einen Krieg zur Ausbreitung des Kommunismus aufs Spiel setzen wird; Moskau ist vielmehr überzeugt, daß der Kommunismus schließlich durch seine innere Überlegenheit über den Kapitalismus obsiegen werde.

Aber gerade diese *friedliche* Konkurrenz des Kommunismus ist es,

was man im Westen fürchtet. Man sieht, wie die Sowjetunion wirtschaftlich immer kräftiger wird. Ihre Wirtschaft entwickelt sich rascher als diejenige Westeuropas und der Vereinigten Staaten. Sachverständige schätzen, daß um 1955 die Lebenshaltung in Rußland gleich hoch sein wird wie in Frankreich. Gewaltige planwirtschaftliche Unternehmungen sind in der Sowjetunion im Gang. Ihre Bevölkerung wächst rapid; Bildung und Wissenschaft, besonders in den technischen Fächern, breiten sich beispiellos schnell aus. Dazu kommt die immer engere Verbindung der Sowjetwirtschaft mit den osteuropäischen Volksrepubliken und namentlich mit dem chinesischen Großraum. Lauter Gründe für die wachsende Überzeugung im Westen, Stalins Reich habe «sich bereits über den Punkt hinaus ausgedehnt, wo es für die nichtkommunistischen Staaten noch erträglich war» (James Reston, ein Hauptmitarbeiter der «New York Times», am 8. März 1953). Lauter Gründe auch, um die Einschließung der Sowjetunion mit einem Ring von Militärstützpunkten zu beschleunigen, die gewaltsame Zurückdrängung des Kommunismus in Europa und Asien (Politik Dulles) zu organisieren, ja die Entfesselung eines Präventivkrieges gegen den Ostblock ins Auge zu fassen. «Die landläufige Überlegung bei uns geht nicht nur dahin, daß der rote Koloß uns plötzlich alle atomisieren werde, sondern auch dahin, daß er durch Ausdehnung seines Machtbereiches uns zuerst so weit drosseln wolle, bis wir keine ausreichenden Rohstoffquellen und Absatzmärkte mehr hätten.»

Zu spät für einen Krieg! «Die Aussicht, in der Welt nicht nur mit *einer* kommunistischen Großmacht zusammenleben zu müssen, sondern mit zweien, ist», so schreibt Prof. Fleming, «für viele einflußreiche Leute ein mächtiger Antrieb, den Gedanken an einen weiteren Weltkrieg zur Zerstörung des Kommunismus zu begrüßen. Dafür ist es jedoch bereits zu spät ... Die Sowjets sind jetzt schon zu stark, um durch einen Atomblitzkrieg zerschmettert zu werden.» Nicht nur ist ihr Verteidigungssystem außerordentlich gut entwickelt und die Verwundbarkeit ihres Landes dank den riesigen Entfernungen und der weiten Streuung ihrer Industrien verhältnismäßig begrenzt; auch ihre eigene Schlagkraft – als Antwort auf einen feindlichen Angriff – ist gewaltig, zumal ihre neuen interkontinentalen Bomber einen Aktionsradius haben, der ausreicht, um die massierten amerikanischen Industriegebiete ins Herz zu treffen. Auf alle Fälle ist die sowjetische Luftwaffe imstande, die Länder der westeuropäischen Verbündeten Amerikas gründlich zu zerstören – und das genügt, um einen Sieg des Westblocks unmöglich zu machen. Die Aufrüstung der NATO-Staaten (des Nordatlantischen Militärbundes) ändert daran nicht viel; mag sie genügen, um den Russen bei einem Vorstoß gegen den Ärmelkanal Schwierigkeiten zu machen, so genügt sie nicht, um die große Überlegenheit der Roten Armee an Land- und Luftstreitkräften auszugleichen. Und auch der Ring von amerikani-

schen Militärstützpunkten um die Sowjetunion herum, der auf dem Boden *anderer* Länder erstellt wurde, ist ein recht zweifelhafter Aktivposten. Diese Stützpunkte könnten ja «gegen die Sowjets nur benützt werden, wenn diese angegriffen hätten, und wir haben unsere Verbündeten, die doch Rußland viel näher sind als wir, noch nicht zu überzeugen vermocht, daß dies eine wirkliche Gefahr sei. Das Ergebnis scheint zu sein, daß wir selber als die größere Bedrohung angesehen werden.»

Der Kalte Krieg hat einfach zu einem Unentschieden geführt, zu einem Gleichgewicht der Kräfte, das von keiner der beiden Seiten gebrochen werden kann, ohne daß es zu einer allgemeinen Katastrophe kommt. Man sieht das am Ausgang des Koreakrieges, der nicht wieder aufgenommen werden kann, ohne daß die Westmächte auch China in ihn völlig hineinreißen. China aber ist bereits so gefestigt, daß sein neues Regime auch in einem dritten Weltkrieg nicht zerstört werden könnte; es würde nur erst recht zu rücksichtsloser Anwendung von Diktatur und Terror gezwungen werden, so wie die Interventionskriege von 1918 bis 1920 das in Rußland bewirkt haben. Kurz, die Westmächte haben sich mit ihrer antikommunistischen Aufrüstungspolitik offenkundig übernommen; sie haben sich nur ungeheure Lasten auferlegt und in der ganzen Welt Machtstellungen aufgebaut, die sie auf die Länge gar nicht zu halten vermögen. Auch die kommunistischen Länder leiden unter dem Kalten Krieg sehr; aber eben deswegen suchen sie ihn so schnell als möglich abzubrechen. «Die kommunistischen Regierungen haben allen Grund, Frieden zu wünschen oder zumindest einen langen Waffenstillstand, der ihnen gestatten würde, ihre Stellungen zu befestigen und ihre Stärke auszubauen. Aber haben wir den Mut, ihnen das zu gestatten?»

«Wir haben ihn», antwortet der Verfasser selbst, «denn wir haben keine andere Wahl. Der Kalte Krieg hat ausgespielt. Die Welt ist seiner müde und strebt nach Frieden – nötigenfalls uns zum Trotz. Die Rhee, Tschiang, Adenauer und unsere Formosa-Senatoren werden alles tun, was sie können, um eine Verständigung zu hintertreiben; aber es wird dennoch dazu kommen ... Da die Völker der Welt eine totale Spannung nicht ewig ertragen können und wollen, muß es Frieden geben.» Amerika – wie der mit ihm verbündete Westen überhaupt – muß sich wohl oder übel mit der Tatsache abfinden, daß die Sowjetunion, China und die andern Staaten des Ostblocks auf alle absehbare Zeit als kommunistische Länder bestehen bleiben. «Das ist die harte Wahrheit ... Es ist für uns eine schmerzliche Erfahrung, lernen zu müssen, daß es einige Dinge in der Welt gibt, die zu groß sind, als daß wir sie in die Hand nehmen könnten; aber unser Fortbestand als Nation hängt jetzt von einer nüchternen Würdigung dieser Tatsache ab. Wenn wir kein reifes Verständnis aufbringen für die Entschlossenheit der Welt, zum Frieden zu kommen, und für das zwingende Bedürfnis unserer Verbündeten, mit der kommunistischen Welt Handel zu treiben, dann werden wir uns isolieren wie noch nie zuvor ... Wir können den Weltkommunismus nicht durch Gewalt zer-

stören noch das Wachstum der kommunistischen Großmächte verhindern ... Das ist eine neue Lage, wie wir sie noch nie erlebt haben. Aber es ist eine gebieterische Notwendigkeit, daß wir uns an sie gewöhnen und aufhören, unter der Peitsche der Hysterie zu leben – nur deshalb, weil die Sowjets die Macht haben, unsere Städte zu atomisieren. Das können sie, aber das heißt nicht, daß sie es auch tun werden, in einer Welt, in der es soviel aufzubauen gibt und zehntausendmal weniger als kein Profit aus einer allgemeinen Zerstörung zu holen ist.»

Erfolgreicher Wettbewerb Wie aber kann sich der nichtkommunistische Westen in einer Welt behaupten, die schon fast zur Hälfte kommunistisch ist? Prof. Fleming stellt ein Sechspunkte-Programm für einen solchen erfolgreichen Wettbewerb des «freien» Westens mit dem «versklavten» Osten auf, dessen Erfüllung freilich, wie er betont, höchste Verständigkeit und Weisheit verlange.

1. Es darf zu *keinen weiteren revolutionären Weltkriegen* kommen. Der Kommunismus ist aus den bisherigen Weltkriegen geboren; ohne sie hätten die Revolutionen in Rußland, Osteuropa und China einen gänzlich andern Verlauf genommen. Demokratie braucht Frieden und Ordnung. Ein neuer Krieg müßte vollends alle Freiheit und dazu den ganzen Wohlstand des Westens vernichten.

2. Wir müssen uns den *unvermeidlichen sozialen Entwicklungen* anpassen. Ständige Wandlung ist das Grundgesetz des Völkerlebens, dessen Walten niemand verhindern kann. Wir können den Fluß der gesellschaftlichen Entwicklung nur zweckmäßig lenken. Auch der Kommunismus wird sich wandeln und wandelt sich bereits offenkundig. In dem Maße, da sich die Sowjetunion wirtschaftlich und technisch modernisiert und Wohlstand und Bildung sich in ihren Völkern ausbreiten, wird sich auch die Diktatur lockern und mehr persönliche Freiheit möglich, ja notwendig werden. (Vorausgesetzt – so sei beigefügt –, daß die Kriegsdrohung von seiten des Westens aufhört.)

3. Wir müssen in der *Welt* draußen die *Freiheit fördern*. Die Westmächte setzen ihre ganze Zukunft aufs Spiel, wenn sie sich mit einem Franco, einem Tschiang Kai-schek, einem Rhee verbünden, mit den feudalen Grundbesitzern des Orients oder den hartgesottenen Monopolkapitalisten Europas. Auch mit der Kolonialherrschaft muß es ein Ende haben. «Wir finden keine Sicherheit in der Stützung der Reaktion ... Bisher sind wir mit der Geschichte marschiert. Wenn wir jetzt damit aufhören, werden wir den Weltkampf mit dem Kommunismus verlieren, der über eine rasch wirkende Methode für die Zwangsindustrialisierung von Völkern verfügt, die nie viel von staatsbürgerlichen Freiheiten gewußt haben.» Der Westen darf die Völker nicht vor die Wahl zwischen Kapitalismus und Kommunismus stellen. Er muß ihnen die Freiheit lassen,

eine der vielen Kombinationen von Kapitalismus und Sozialismus zu wählen, je nach ihren Bedürfnissen und Wünschen.

4. Erst recht notwendig ist es, *im eigenen Haus für Freiheit zu sorgen.* Heute, so stellt Prof. Fleming fest, ist der amerikanische Bürger selbst einem massiven Zwang zu Rechtgläubigkeit und Gleichschaltung ausgesetzt. Terror und Demoralisierung nisten sich im Staatsgefüge ein, ja ein eigentlicher Faschismus erhebt sein Haupt. Die Kräfte, die hinter dieser Entwicklung stehen, beweisen damit, daß sie selbst nicht an die Freiheit glauben. Wenn ihnen nicht Halt geboten wird, drohen sie die ganze freie Welt zu zerstören. Umgekehrt können wir die ganze Welt für die Freiheit gewinnen und die Liberalisierung der kommunistischen Staaten unausweichlich machen, wenn wir den andern Völkern selbst Freiheit und Demokratie wirklich vorleben. Wozu allerdings noch die Sicherung von Wohlstand für alle, mit einem gewissen Maß von Planwirtschaft und unter Aufrechterhaltung des Wohlfahrtsstaates, kommen muß.

5. In der *Außenpolitik muß Vernunft,* nicht verwirrtes Gefühl herrschen. Die sture Weigerung, das kommunistische *China* anzuerkennen und in die Vereinten Nationen aufzunehmen, ist sinnlos und gefährlich. China, das die UNO als «Angreifer» geächtet hat, griff in den Koreakrieg erst ein, als die UNO-Armeen in Nordkorea eingedrungen waren und China an seiner empfindlichsten strategischen Grenze bedrohten, statt sich auf die Verteidigung Südkoreas zu beschränken. «In den Augen der großen Mehrheit der Weltvölker ist China kein Angreifer, sondern ein Verteidiger seiner rechtmäßigen Interessen und Nordkoreas.» Chinas Boykottierung trägt nur dazu bei, die Weltanarchie zu verewigen und den nächsten Krieg vorzubereiten. Ebenso wirklichkeitsfern ist die Politik der Wiederaufrüstung *Westdeutschlands* und die Zumutung an die Sowjetunion, in der Deutschlandfrage vor den Westmächten bedingungslos zu kapitulieren. Mit ihrem eigentümlichen Regierungssystem und ihrer weltpolitischen Unreife haben es die Vereinigten Staaten überhaupt sehr schwer, eine vernünftige Friedensordnung zustande zu bringen.

6. *West und Ost* müssen wieder in enge *Handelsbeziehungen* treten. Der Wirtschaftskrieg, den vor allem die Vereinigten Staaten gegen die kommunistischen Länder führen, droht nicht nur ihnen selbst zum Nachteil auszuschlagen, sondern die ganze westliche Welt zu schädigen und Amerikas politische Isolierung zu verschärfen. Dabei hätten große Volksmassen im Osten die Hilfe des Westens bei ihrer Industrialisierung und ihrer Versorgung mit Verbrauchsgütern dringend nötig!

«Jahrelang», so schließt Fleming seinen großen Aufsatz, «haben wir auf die immer breiter werdenden Abgründe von Furcht und Haß gestarrt, die die großen Weltvölker heute trennen. Jetzt ist die Zeit gekommen, Brücken zu bauen, die Menschen guten Willens benützen können, um die Nationen zusammenzubringen.» Nichts ist wahrer. Allein – wo sind

in der angeblich freien Welt, die gerettet werden soll, wo sind vor allem in den Vereinigten Staaten, an die sich der klarsehende, mutige Verfasser des Rettungsprogramms in erster Linie wendet, die *Kräfte*, die zu einem friedlichen Nebeneinanderleben der feindlichen Welthälften entschlossen die Hand böten? Daß sie *im Ansatz* und vielfach noch *schlummernd* da sind, daran ist kein Zweifel; wir haben ja gerade im Abschnitt über die Vereinigten Staaten (siehe Seite 42) nachdrücklich darauf hingewiesen. Aber ebenso deutlich mußten wir immer wieder feststellen, daß die *maßgebenden* Kräfte Amerikas wie in den übrigen Ländern des Westblocks, diejenigen, die die Politik ihrer Regierungen wirklich bestimmen – daß diese Kräfte unbeirrt den verkehrten Weg weiterverfolgen, der in die Katastrophe zu führen droht. *Deren* Ziel ist nicht das gleichberechtigte Zusammenleben und der friedliche Wettbewerb gegensätzlicher Gesellschaftssysteme, sondern die mit Gewaltdrohung und gegebenenfalls mit Gewaltanwendung zu erreichende Vorherrschaft des bürgerlich-kapitalistischen Systems über das kommunistische, der *amerikanische Frieden*, der den widerstrebenden Völkern mit allen Mitteln des kalten und des heißen Krieges aufgezwungen werden soll. Die Macht dieser Kriegskräfte – man kann sie nicht anders nennen – zu brechen, das bleibt darum die entscheidende Aufgabe unserer Zeit. Einen andern Rettungsweg vermögen wir nicht zu sehen. Und unsere Hoffnung ist, daß die irregeleiteten Völker ihn doch noch rechtzeitig erkennen und im neuangebrochenen Jahr ein rechtes Stück darauf vorwärts kommen möchten.

16. Januar *Hugo Kramer*

Zu einer Lehrerwahl

Im kommenden Februar finden im Kanton Zürich die Bestätigungswahlen der Sekundarlehrer statt. Die in der Stadt für die Wahlvorschläge zuständige Behörde, die Zentralschulpflege, beschloß mit ihrer bürgerlichen Mehrheit, Sekundarlehrer Alfred Hümbelin nicht mehr zur Wahl vorzuschlagen. Gegen dieses Vorgehen muß aus verschiedenen Gründen protestiert werden. Herr Hümbelin unterrichtet seit 1923 an städtischen Schulklassen. Seine Leistungen waren seit jeher als vorzüglich anerkannt und erschöpften sich nicht im Unterricht, wie unzählige seiner ehemaligen Schüler, deren er sich mit Rat und Tat angenommen hat, bezeugen können. Was die bürgerliche Mehrheit der Zentralschulpflege an Herrn Hümbelin beanstandet, ist seine Zugehörigkeit zur Partei der Arbeit, die Tatsache ferner, daß er seit zwei Jahren das Präsidium der Gesellschaft Schweiz/Sowjetunion innehat. Die PdA ist bekanntlich im Nationalrat wie im Zürcher Kantonsrat vertreten; Zugehörigkeit zu ihr kann